

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Regelnummer der Reichspostamt
Postkarte für Postsendung aus dem
Gebiet des Erzgebirges, aus
wärtige Postkarte für Postsendung,
Kontaktpostkarte für Postsendung,
amtliche Karte für Postsendung.

Veröffentlichung nach dem Gesetz
über die Pressefreiheit des Reichs
vom 2. April 1933. - Erhältlich
in jeder Postanstalt.

Verleger: Verlagsgesellschaft Erzgebirge. Inhaltlich die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Ritzsch. Druck: Druckerei Ritzsch Nr. 1949

Nr. 128

Dienstag, den 3. Juni 1924

19. Jahrgang

Die ewige Regierungskrise

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Man ist in Deutschland schon daran gewöhnt, daß Regierungskrisen lange dauern. Aber diesmal überdauert die Dauer der Regierungsbildung doch alle Erwartungen. Am 4. Mai hat die Reichstagswahl stattgefunden und am 4. Juni kann sich allem Anschein nach noch immer nicht die neue Regierung dem Parlament vorstellen. Der neue Reichspräsident Waltraf war am Montag im Vorkomitee sogar der Ansicht, daß die Regierungsbildung des neuen Kabinetts erst nach den Pfingstferien auf die Tagesordnung gesetzt werden könnte. Man sollte es wirklich nicht für möglich halten, vierzehn Tage lang haben die Parteien der Mitte mit den Deutschnationalen aufs eingehendste verhandelt. Und immer noch sind die Verhandlungen zu keinem Abschluß gelangt. Wer will es der demokratischen Reichstagsfraktion verdenken, wenn sie am Montag einstimmig den Herrn Reichskanzler Dr. Marx aufgefordert hat, den Ergebnissen der bisherigen Verhandlungen nun endlich Rechnung zu tragen und zu einer Regierungsbildung auf dem Boden der Plattform der Mittelparteien zu schreiten, da eine weitere Unsicherheit der Lage außerpolitisch gefährlich und wirtschaftlich unerträglich sei.

Kein Mensch im Lande versteht mehr diese Verschleppungskunst. Die Tatsachen liegen doch jetzt klar vor aller Augen. Die fruchtlosen Vermittlungsversuche der Deutschen Volkspartei zwischen den Deutschnationalen und den Mittelparteien sind gescheitert. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat in einer feierlichen Erklärung am vorigen Freitag der Welt kund und zu wissen getan, daß sie nicht eine Kontinuität der bisherigen Außenpolitik, sondern eine Kursänderung verlangt und als sichtbares Zeichen dafür einen anderen Außenminister an Stelle Stresemanns fordert. Da aber die drei Mittelparteien eine ganz klare außenpolitische Plattform allen Verhandlungen zugrunde gelegt hatten, die gradlinige Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik verlangte, und da auch diese Plattform dem In- und Ausland zur Kenntnis gebracht war, konnte eine Verständigung als völlig ausgeschlossen gelten. Selbst etwaige Kompromißformulierungen eines neuen außenpolitischen Programms waren damit unmöglich geworden, denn sie hätten selbst bei vorläufigsten Vorkassungen sofort bewiesen, daß der außenpolitische Kurs nicht fortgesetzt, sondern irgendwie geändert werden sollte. Und wenn nun gar ein Wechsel auf dem Posten des deutschen Außenministers vorgenommen worden wäre, hätte niemand in der Welt mehr geglaubt, daß die deutsche Regierung bei ihrer vorbehaltlosen Annahme des Sachverständigenrats stehen geblieben wäre. So hatten es offenbar auch am Freitag die Deutschnationalen angesehen, als sie ihre Absage der Öffentlichkeit unterbreitet hatten.

Auch die Deutsche Volkspartei hatte unter dem ersten Eindruck der deutschnationalen Absage und Schlussklärung als Fraktionsbeschluss verkündet, daß sie nunmehr ihre Vermittlungstätigkeit als erloschen ansehe. Jedermann mußte annehmen, daß über Sonntag endlich die neue Regierung unter Ausschluß der Deutschnationalen zustande kommen würde. Aber das Unglaubliche geschah, daß am Sonntag neue Verhandlungen zwischen Marx und Herat und zwischen Herat und Scholz, dem Führer der Deutschen Volkspartei, wieder eingeleitet wurden, bei denen die Deutschnationalen überraschenderweise auf neue entgegenkommende Erklärungen abgegangen sind. Und die Deutschen Volksparteier haben trotz aller schlimmen Erfahrungen offenbar noch einmal geglaubt, es sei doch noch eine Regierung mit Einbeziehung der Deutschnationalen auf Grund der Plattform möglich, die sie selbst mitbeschlossen und eine Zeitlang sogar als ihre höchst eigene vertreten haben. Der normale Wähler, selbst der deutsch-volksparteiliche, wird verständnis- und fassungslos vor solchen Anschauungen stehen.

Schaltet man die parteitaktischen Anstrengungen und Querbränge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei einmal aus, so ist doch die politische Lage jetzt nach den wochenlangen Verhandlungen so klar wie nur irgend denkbar. Die Deutschnationalen haben nach langem Zögern endlich offen erklärt, daß sie eine Kursänderung der deutschen Außenpolitik verlangen. Eine solche Kursänderung würde die jetzigen Verständigungsmöglichkeiten mit der Entente völlig verschütten und Deutschland politisch und wirtschaftlich in den Abgrund stürzen. Sie kann und darf deshalb nicht ernsthaft in Betracht kommen. Die Deutschnationalen haben sich in ihrer Entscheidung selbst der Möglichkeit beraubt, aktiv an der Regierung teilzunehmen. Alle Nebenbuhler der Deutschen Volkspartei können daran nichts ändern. Weitere Verhandlungen über die Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung müssen damit ein für alle-

mal erledigt sein. Nicht aus irgendwelchen parteipolitischen Gründen, sondern im dringendsten Interesse des Vaterlandes. Dieses Interesse ist im Augenblick umso stärker, als die wirtschaftliche Lage, insbesondere die allgemeine schwere Kreditnot jede Verzögerung abschließender Verhandlungsverhandlungen mit der Entente verbietet. Es handelt sich heute nicht mehr bloß darum, eine verhandlungsfähige Reichsregierung zustande zu bringen, sondern sie so schnell als irgend möglich in den Sattel zu setzen. Jeder Tag später, an dem das geschieht, bedeutet ungeheure wirtschaftliche Schädigungen, die niemand verantworten kann.

Also muß schnell gehandelt werden. Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich sehr genau überlegt, ob sie die Beschleunigung nicht dadurch herbeiführen könne, daß sie ihrerseits erklärt, sich an weiteren Verhandlungen über eine Regierungsbildung mit Deutschnationalen nicht weiter beteiligen zu wollen. Sie ist indessen aus wohl erwoogenen Gründen zu dem Beschluß gekommen, sich in diesem Augenblick noch nicht freiwillig und selbst aus den Verhandlungen auszuschließen, an denen sie seither mit so großem Geschick und Erfolg beteiligt war. Sie hält es auch jetzt noch für notwendig, innerhalb der drei Mittelparteien den gradlinigen Kurs der deutschen Außenpolitik mit allem Nachdruck zu vertreten.

Die demokratische Entscheidung

Die demokratische Reichstagsfraktion hat folgende Entscheidung gefaßt:

„Nachdem die Deutschnationale Volkspartei am Freitag öffentlich erklärt hat, daß sie eine Kontinuität der bisherigen Außenpolitik ablehnt, und eine Kursänderung auf dem Gebiete der Außenpolitik verlangt die zu der zwischen den bisherigen Regierungsparteien vereinbarten Plattform in diametralen Gegensatz steht, fordert die demokratische Fraktion den Reichskanzler auf, dieser Tatsache Rechnung zu tragen und zu einer Regierungsbildung zu schreiten, da eine weitere Unsicherheit der Lage außerpolitisch gefährlich und wirtschaftlich unerträglich ist.“

Eine neue Erklärung Stresemanns

In Ergänzung unserer am Sonnabend gegebenen Meldung, derzufolge der Reichsaußenminister Dr. Stresemann bereits am Himmelfahrtstage dem Reichskanzler Marx gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, die Reformierung des Kabinetts nicht von persönlichen Rücksichtnahmen abhängig zu machen, wird nunmehr bekannt, daß Dr. Stresemann erneut schriftlich seine Erklärung vom Himmelfahrtstage dem Reichskanzler Marx gegenüber wiederholt habe.

Eine Erklärung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gab gestern gegen 3 Uhr folgende Mitteilung aus:

„Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung vom 2. Juni wiederholt zu den Gerichten und Zumutungen Stellung genommen, daß die Fraktion den Parteiführer Außenminister Dr. Stresemann fallen ließe. Sie stellt demgegenüber fest, daß sie und ihre Verhandlungsführer stets an ihm aus sachlichen und persönlichen Gründen festgehalten haben. Wenn sie die Entscheidung auch von dem Willen des Herrn Dr. Stresemann abhängig gemacht hat, so war das zunächst eine Selbstverständlichkeit, entsprach aber auch der eigenen Haltung des Herrn Dr. Stresemann gegenüber dem Reichskanzler Marx. Die Fraktion verweist wiederholt auf ihren Beschluß vom 31. Mai, wonach sie zu ihrer Haltung in erster Linie durch die Entscheidung bestimmt worden ist, daß es aus sachlichen Gründen geboten ist, im In- und Ausland durch einen Personenwechsel nicht den Anschein einer außenpolitischen Kursänderung hervorzurufen.“

Die Arbeitswiederaufnahme im Ruhrgebiet

Essen, 2. Juni. Im gesamten Ruhrbergbau sind heute 85,52 Prozent der Belegschaft der Frühlicht eingeschifft. Im Bergrevier Duisburg, wo die Kommunisten am stärksten vertreten sind, betrug die Zahl der Arbeitswilligen sogar 97,52 Prozent der Gesamtbelegschaft. Es ist nirgends zu Ruhestörungen gekommen.

250 Millionen Goldmark Verluste

Der Reichsverband gibt bekannt, daß durch den Ruhrbergarbeiterstreik und die dadurch veranlaßte Stilllegung der Kohlenförderung 250 Millionen Goldmark Verluste entstanden sind. Die Nachlieferung für die Militärenten beträgt allein eine große Monatsförderung. Der Ausfall an Arbeitslöhnen erreicht fast 170 Millionen Goldmark.

Protest des Deutschen Beamtenbundes gegen die Gehaltsregelung

Zur Erhöhung der Beamtengehälter hat der Deutsche Beamtenbund eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes hat mit Genehmigung von der durch Verordnung der Reichsregierung vorgenommenen unsocialen und unzulänglichen Besoldungsregelung Kenntnis genommen. Sie gibt im Hinblick auf die allgemeine Lage und insbesondere wegen der Besoldungsregelung ihrer tiefen Besorgnis für die Gegenwart und Zukunft der deutschen Beamtenschaft Ausdruck, und stellt mit großem Bedauern fest, daß die Reichsregierung hierbei kein Verständnis für die Lage der schwer darbedenden unteren Beamtenschaft gezeigt hat. Die Bundesleitung lehnt die neue Besoldungsregelung mit Entrüstung ab. Sie erwartet vom Reichstage, daß er an Stelle dieser Regelung eine neue setze, die vom sozialen Geist getragen ist und allen Beamten die Möglichkeit einer menschenwürdigen Lebensführung wiedereröffnet.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat einen Antrag eingebracht, wonach mit sofortiger Wirkung der Artikel 6 der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnung über die 12. Ergänzung des Besoldungsgesetzes aufgehoben, werden soll. Durch diesen Artikel hat sich die Regierung die Ermächtigung gegeben, bis zum 1. Oktober 1924 die Gehälter der Beamten von sich aus ohne Befragung des Reichstages zu regeln. Die demokratische Fraktion hält die Aufhebung für geboten, nachdem die Regierung auf Vorschlag des Reichsfinanzministeriums für die Zeit ab 1. Juni eine Neuordnung der Bezüge verfügt hat, die wegen ihrer unsocialen Gestaltung in den Kreisen der Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen mit Recht größte Erregung hervorgerufen hat.

Der Potsdamer Kommunistenanschlag

Die Untersuchungen über das bei der Enthüllung des Gardebutors-Denkmal in Potsdam geplante Sprengstoff-Attentat hat zweifelsfrei ergeben, daß die mit der Vorbereitung dieses Verbrechens betrauten Personen bis in die Zentralinstanzen der KPD reichen. Der Stadtrat Thiedemann und der Stadterordnete Hesse, die in Potsdam der Kommunalvertretung angehören, haben unmittelbar an den Vorbereitungen zu dem Attentat gearbeitet. Die Verhaftungen sind in Potsdam, Berlin, Hamburg und einigen Orten der Provinz erfolgt. Es wurde dabei Material gefunden, das beweist, daß die kommunistische Parteileitung über ein sehr sorgfältig zusammengetrages, kostspieliges Nachrichtenmaterial verfügt. Es handelt sich bei diesem Material u. a. auch um ein Dichtbild-Abbild, das eine große Anzahl von Personen umfaßt, darunter namentlich Politiker und Beamte der Dezernate, die sich mit dem Treiben der Kommunisten befassen.

Zum Attentat auf Dr. Seipel

Anarchisten als Anstifter des Anschlages
Die Budapestener Polizei glaubt Anhaltspunkte dafür zu haben, daß das Attentat auf Bundeskanzler Dr. Seipel von derselben Anarchistengruppe organisiert wurde, die den Arbeiter Staron nach Budapest entsandte, damit er den Reichsverweser Horthy erschleße. Staron war als Arbeiter in einer niederösterreichischen Fabrik beschäftigt und gestand bei seiner Verhaftung der Polizei, daß seine Auftraggeber auch gegen mehrere andere Staatsoberhäupter Attentate planten. Der Verhaftete soll damals bereits Namen von Komplizen genannt haben, darunter den Namen Karl Jaworek, der jetzt das Attentat auf Seipel verübte.

Jaworek wurde wiederum verhört, wobei er einige Neuigkeiten zeigte. Er lehnte Nahrungsaufnahme ab und sagte nur, er wolle erst dann essen, wenn man ihm mit Gewißheit sagen könne, daß der Bundeskanzler außer Gefahr sei. Das sehr laune Schreiben, das er an seine Frau richtete und das man in seinen Taschen vorfand, ist überaus verwirrt. Er sagt darin, daß ihn das Leben nicht mehr freue und daß er ihm ein Ende bereiten würde. Er habe keine Aussicht mehr, glücklich zu sein. Er wolle nurlos aus der Welt gehen. Wenn es ihm gelinge zu gehen, solle noch einer mit ihm, den er gern mitnehmen möchte, Dr. Seipel.

Wien, 2. Juni. Unausgesetzt führen vor dem Krankenhaus, in dem Dr. Seipel liegt, die fremden Gesandten vor, um sich in eine Liste einzutragen. Auch zahlreiche Blumenbänder treffen ein. Niemand wird jedoch zum Kanzler gelassen, da die Ärzte nicht verheimlichen, daß wegen der verhältnismäßig stark fortgeschrittenen Lungenkrankheit der Zustand des Patienten als ernst bezeichnet werden muß. Die einzige Unterredung, die Dr. Seipel hatte, fand mit dem General-Kommissar des Böhmerlandes Dr. Zimmermann statt, dem er seine Wünsche äußerte, auf Grund deren Dr. Zimmermann Stellungvertretern gegenüber erklärte, er werde, falls der Kanzler an der Reise zur Böhmerlands-